



**Liebe Leserinnen,**

*am 25. Mai haben wir es in der Hand: Wir wählen ein neues Europaparlament, neue Stadt- und Kreisräte und vereinzelt auch neue Landrät\_innen.*

*Bitte gebt Eure Stimme ab, denn auch in Sachsen-Anhalt ist der Anteil der aktiven Frauen in den kommunalen Parlamenten nach wie vor erschreckend gering, häufig sind es nicht einmal 30 Prozent. Wenn Politik aber ihrem Anspruch gerecht werden will, für alle da zu sein, dann muss sie die Gesellschaft auch abbilden und die Belange aller vertreten. Daher brauchen wir mehr Frauen in den Rathäusern in Sachsen-Anhalt!*

*Neben den Wahlen informiert unser neuer Newsletter aber natürlich auch wie gewohnt über die aktuellen gleichstellungspolitischen Themen in unserem Land. Bei der Lektüre wünsche ich Euch viel Freude!*

**Eure Corinna Reinecke**

### **Mehr Frauen in die kommunalen Parlamente!**



*Bild: Postkartenkampagne des Landesfrauenrats Sachsen-Anhalt*

Dennoch sind Frauen gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung nach wie vor unterrepräsentiert: Das gilt besonders für die kommunale Ebene. Hier beläuft sich ihr Anteil häufig nicht einmal auf 30 Prozent.

Dabei ist die stärkere Beteiligung der Frauen für alle Seiten wünschenswert: Für die Frauen, um politisch teilhaben zu können, Chancengleichheit zu verwirklichen und eigene Themen auf die politische Agenda zu hieven. Aber auch für die Politik ergeben sich positive Effekte: Indem die Anliegen der Frauen besser gehört werden, verändert und verbessert sie sich. Gerade in der Kommunalpolitik, die sich mit den Angelegenheiten des täglichen gesellschaftlichen Miteinanders und des unmittelbaren Lebensumfeldes beschäftigt, sind die Erfahrungen und Kompetenzen aller gefragt. Daher muss sich die Politik den Frauen stärker öffnen.

Am 25. Mai 2014 werden in Sachsen-Anhalt wieder Kommunal- und Europawahlen durchgeführt. Hier bietet sich die Möglichkeit, die Präsenz von Frauen in den Räten deutlich zu verbessern. Wir brauchen mehr Frauen in Deutschlands Rathäusern, nicht zuletzt in Sachsen-Anhalt!

### **Landesfrauenrat äußert sich zur Hochschulstrukturplanung**

Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt setzt sich aktiv für den Erhalt der sozialen Fachrichtungen und den Human- und Medienwissenschaften an den Universitäten und Hochschulen im Land Sachsen-Anhalt ein. Das beschloss der Landesfrauenrat auf seiner Delegiertenversammlung am 29.03.2014. Eine Schließung der Fakultäten und eine Verlagerung der Fachrichtungen in andere Bundesländer würde besonders Studentinnen und weibliche Wissenschaftlerinnen/ Angestellte betreffen und daher eine massive geschlechtsspezifische Benachteiligung darstellen.

Nach Ansicht des Verbandes widerspricht der Entwurf des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft zudem den Beschlüssen des Landtages und den Aussagen, die im so genannten Bernburger Frieden manifestiert wurden. Der Landtag habe sich aus gutem Grund gegen eine Absenkung der Studierendenzahlen und der Zahl der Studienplätze ausgesprochen. Der nun vorliegende Vorschlag weist den Wegfall von 3328 Studienplätzen aus.

## Terre des Femmes übergibt Petition zur Reform des Sexualstrafrechts

Die Menschenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES hat im November 2013 die Unterschriftenaktion „Vergewaltigung – Schluss mit der Straflosigkeit“ gestartet. Darin fordert Terre des Femmes eine Reform des § 177 Strafgesetzbuch (Sexuelle Nötigung; Vergewaltigung) und einen Rechtsanspruch auf Psychosoziale Prozessbegleitung. Knapp 30.000 Menschen unterstützen die Petition. Zu den Erstunterzeichner\_innen gehört u.a. auch die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig.



Bild: Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, BMJV

Vertreterinnen von Terre des Femmes haben die Unterschriftenliste am 7. Mai 2014 an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Christian Lange, übergeben. Lange betonte, dass die Bundesregierung den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung stärken will. Die Forderung habe an verschiedenen Stellen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden.

Dieser sieht u.a. vor, die Vorschriften des 13. Abschnitts des Strafgesetzbuchs, dh die Sexualstraftaten, insgesamt zu überprüfen. Darüber hinaus soll die Richtlinie 2012/29/EU über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten umgesetzt werden und in diesem Rahmen geprüft werden, ob Regelungen zur psychosozialen Prozessbegleitung aufgenommen werden können.

## Die Frauenquote kommt!

Die schwarz-rote Koalition hat vereinbart, gesetzliche Regelungen für mehr Frauen in Führungspositionen zu treffen, um Frauen eine faire Chance auf Gleichberechtigung im Berufsleben zu garantieren.

Im März haben Manuela Schwesig und Heiko Maas erste Leitlinien für ein Gesetz zur Frauenquote vorgelegt. Ab 2016 sollen die Aufsichtsräte großer Unternehmen eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent aufweisen. „Viele Jahre wurde diskutiert und debattiert. Viel zu wenig ist passiert. Jetzt ist Schluss mit freiwilligen Vereinbarungen!“, so die Familienministerin. Für rund 3500 mitbestimmungspflichtige oder börsennotierte Unternehmen soll es bereits ab 2015 verbindliche Zielvorgaben zur Frauenförderung geben. Außerdem soll eine Regelung erarbeitet werden, dass bei Nichterreichen dieser Quote die für das unterrepräsentierte Geschlecht vorgesehenen Stühle frei bleiben. Die fixe Geschlechterquote ist ab dem 1. Januar 2016 sukzessive bei den ab dann neu zu besetzenden Aufsichtsratsposten zu beachten. Bestehende Mandate - auch die der Ersatzmitglieder - können bis zu ihrem regulären Ende auslaufen.

## Schonfrist für Hebammen

Die freiberuflichen Hebammen, die – insbesondere als Beleghebammen in ländlichen Kliniken – mehr als 20 Prozent aller Geburten absolvieren, bangen um ihren Beruf. Sie können sich die steigenden Berufshaftpflichtprämien nicht mehr leisten und entscheiden sich zunehmend gegen die Ausübung der Geburtshilfe. Hintergrund ist, dass die Ausgaben für schwere Geburtsschäden pro Kind um fast 80 Prozent auf 2,6 Millionen Euro gestiegen sind. Wichtige Versicherer wollten nun ganz aussteigen. Auf heftigen politischen Druck hin, konnte jetzt eine Übergangslösung bis Juli 2016 gefunden werden.

Für die SPD ist klar: Freiberuflich tätige Hebammen müssen von ihrem anspruchsvollen und wichtigen Beruf gut und angemessen leben können. Eine mögliche Gefährdung dieses Berufsstandes durch steigende Prämien in der Berufshaftpflicht ist nicht hinnehmbar. Eine Lösung, die bezahlbare Haftpflichtprämien nur bis 2016 sicherstellt, kann nur ein allererster Schritt sein. Nach jahrelangem Nichtstun ist es jetzt Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen und rasch eine dauerhafte Lösung zu finden.

**Reform des Prostitutionsgesetzes: Bundesrat lehnt Freierbestrafung und Pflichtuntersuchungen ab**

Bild: Bundesrat 2014, [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de)

Der Bundesrat hat die Bestrafung von Freiern abgelehnt. Schon jetzt machten sie sich strafbar, wenn sie die Zwangslage von Menschenhandelsopfern missbrauchten. Ein solcher Vorsatz sei aber selten nachzuweisen, führten die Länder in ihrer Sitzung vom 11. April in einer EntschlieÙung weiter aus. Vor allem ordnungsrechtlich muss das Prostitutionsgesetz daher aus Ländersicht erweitert werden.

Der Bundesrat verlangt eine Erlaubnispflicht für Bordelle und will den Begriff der Prostitutionsstätte angesichts neuer Prostitutionsformen genauer definieren. Zudem soll eine Zuverlässigkeitsprüfung für Betreiber\_innen obligatorisch werden. Auch sollen Mindeststandards für gesundheitliche, hygienische und räumliche Bedingungen festgelegt werden.

Das Anliegen der GroÙen Koalition, das Aufenthaltsrecht für Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution zu verbessern, begrüÙte die Länderkammer. Die Betroffenen sollten „bereits zum Zeitpunkt ihrer Aussage eine rechtzeitige und rechtssichere Perspektive, auch über das Strafverfahren hinaus“ erhalten. Auch die Möglichkeit des Kindernachzugs solle geprüft werden, da die Angst um die im Herkunftsland verbliebenen Kinder viele Frauen von einer Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden abhalte. Die Beratung und Untersuchung zu sexuell übertragbaren Krankheiten durch die Gesundheitsämter hält der Bundesrat für sinnvoll und ausreichend. Verpflichtende Untersuchungen für Prostituierte lehnen die Länder jedoch „als unverhältnismäÙig und wenig zielführend“ ab, da sie nur zur Stigmatisierung von Prostituierten beitragen und die Hemmschwelle erhöhen, in Krisensituationen Beratungs- und Versorgungsangebote anzunehmen.

**Sarah Schulze vertritt ASF im Landesfrauenrat**

Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. ist ein gemeinnütziger Dachverband von Frauenorganisationen und -verbänden sowie von Frauengruppen gemischter Organisationen in Sachsen-Anhalt. Als größter Dachverband für Fraueninteressen in Sachsen-Anhalt engagiert sich der Landesfrauenrat für Frauen in allen Lebenslagen und ist überparteilich und überkonfessionell tätig. Am Samstag, den 29.03.2014, wählten die Delegierten der Mitgliedsverbände des Landesfrauenrates einen neuen Vorstand. Bestätigt wurden Eva von Angern (Die Linke) als Vorsitzende und Cornelia Lüddemann (Bündnis 90/ Die Grünen) als Stellvertreterin. Steffi Schikor (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten) wurde als Schatzmeisterin gewählt. Sechs Beisitzerinnen komplettieren den künftigen Vorstand: Manuela Ahl (Deutscher Beamten Bund), Ruth Cohaus (Deutscher Juristinnenbund), Susanne Brandes (Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands), Cornelia Schiergott (Frauenunion) und Renate Skirl (ver.di).

Für die ASF wurde Sarah Schulze als Beisitzerin gewählt. Sie löst damit Kerstin Mogdans ab, die die ASF im Landesfrauenrat in den vergangenen 3 Jahren vertreten hatte und nicht noch einmal angetreten war. Der ASF-Landesvorstand dankt Kerstin Mogdans sehr herzlich für Ihr Engagement und wünscht Sarah Schulze viel Erfolg für die kommende Arbeit.

**Termine:**

**25.05.2014:** Kommunal- und Europawahlen in Sachsen-Anhalt

**20.-22.06.2014:** ASF-Bundeskonferenz, Karlsruhe

**08.07.2014, 18 Uhr:** ASF-Landesvorstand, Magdeburg

**23.09.2014, 17 Uhr:** ASF-Landesvorstand, Merseburg

**Impressum:**

**V.i.S.d.P.:** Corinna Reinecke  
Redaktion: Sarah Schulze  
SPD-Landesgeschäftsstelle,  
AsF-Landesverband  
Bürgerstraße 1,  
39104 Magdeburg

## In eigener Sache: AsF-Kandidatinnen zu den Kommunalwahlen

**Corinna Reinecke (49, verheiratet, Landtagsabgeordnete)**



**Kandidiert für:**  
Kreistag Wittenberg

Im Wittenberger Kreistag merke ich seit 1994 wie eng die Landesebene und die Kreisebene miteinander verflochten sind. Als Vorsitzende des Schul- und Kulturausschusses will ich eine ausgewogene Balance zwischen finanziellen Zwängen und den trotzdem noch vorhandenen Gestaltungsspielräumen finden. **Die Schnittstelle zwischen der Arbeit in Schulen und der Jugendhilfe ist mir besonders wichtig. Nur eine gemeinsame Strategie aller Akteure trägt dazu bei, dass unsere Kinder optimal auf ihre zukünftigen Herausforderungen vorbereitet sein werden.**

**Sarah Schulze (28, ledig, Jura- Studentin)**



**Kandidiert für:**  
Magdeburger Stadtrat

**Ich engagiere mich für ein weltoffenes, sozial gerechtes und tolerantes Magdeburg, in dem jede und jeder ohne Angst vor Diskriminierung leben kann.** Deshalb setze ich mich als Mitglied des Landesfrauenrats Sachsen-Anhalt für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Dabei liegt mir besonders der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf am Herzen.

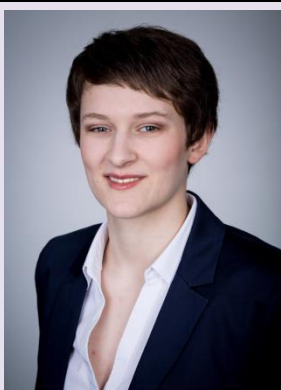
**Petra-Börst-Harder (48, verheiratet, Dipl.-Verwaltungswirtin, MA'in Stadtverwaltung)**



**Kandidiert für:**  
Kreistag Landkreis Harz

**Ich möchte im Kreistag meine Erfahrungen und Ideen einbringen und dazu beitragen, dass in unserem Harzkreis bleibt, was gut ist und besser wird, was verbesserungswürdig ist.** Mitreden. Mitgestalten. Es gibt viel zu tun! Mein persönliches Interesse liegt schwerpunktmäßig beim Thema Demografie. Hier müssen wir uns die regionalen und örtlichen Gegebenheiten und Entwicklungen anschauen, um Antworten zu finden. Immer geht es dabei um die Frage: **Wie wollen wir in Zukunft leben?**

**Tina Rosner (22, ledig, Studentin, wissenschaftliche Hilfskraft)**



**Kandidiert für:**  
Magdeburger Stadtrat

**Ich möchte dazu beitragen, dass Magdeburg auch zukünftig eine Stadt mit Perspektive für alle Bürgerinnen und Bürger ist - Menschen müssen eine dauerhafte und gute Zukunft haben.** Dafür möchte ich mich einsetzen und dabei u.a. meine Erfahrungen in der Interessenvertretung der Studierendenschaft einbringen.